



Ausschuss für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz

Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz am 13. November 2025

Sitzungsraum: Raum (-)109 der Kreisverwaltung (Kellergeschoss), Carl-Heydemann-Ring 67
in 18437 Stralsund

Sitzungsdauer: 17:00 - 18:25 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Herr Christian Griwahn

Kreistagsmitglied

Herr Jörg Fiedler

Frau Petra Harder

Herr Gerd Scharmberg

Herr Danilo Wessel

Herr Kevin Zenker

Sachkundige Einwohner/-in

Herr Alexander Benkert

Herr Dirk Ewert

Herr Sven Friedrich

Frau Claudia Haiplick

Herr Danny Keil

Herr Kay Mittelbach

Frau Jana Weise

Stellvertreter/-in

Frau Christiane Müller

Herr Werner Willmes

Vertretung für Frau Bartel

Vertretung für Herrn Niehaus

Von der Verwaltung

Frau Manila Gleisberg

Herr Bastian Köhler

Frau Kathrin Meyer

Herr Christian Müller

Herr Markus Zimmermann

FDL Ordnung

Protokollführung

FBL 3

FGL Finanzmanagement

FDL Integrierte Leitstelle, Bevölkerungs- und Brandschutz

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Frau Ute Bartel

Herr Dirk Niehaus

entschuldigt

entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 11. September 2025
5. Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Haushalt 2026 BV/4/0155
6. Vergabe der Pauschalzuweisung aus der Feuerschutzsteuer 2025 und Vorjahre sowie der freiwilligen Zuschüsse des Landkreises Vorpommern-Rügen für Investitionen der Gemeinden in den Brandschutz BV/4/0150
7. Aktueller Sachstand im Rahmen der Gefahrenabwehr (Umsetzung Leuchttürme, Wärmeinsel etc.) im Landkreis Vorpommern-Rügen
8. Abstimmung der Sitzungstermine für das Kalenderjahr 2026
9. Anfragen
10. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Griwahn eröffnet als Ausschussvorsitzender die 7. Sitzung des Ausschusses für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss mit 13 von 15 Ausschussmitgliedern beschlussfähig ist.

2. Einwohnerfragestunde

Einwohneranfragen werden nicht vorgetragen.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Griwahn schlägt vor, den TOP - Abstimmung Sitzungstermine 2026 als neuen TOP 8 auf die Tagesordnung zu setzen.

Weitere Anmerkungen zu der Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz stimmt dem Antrag von Herrn Griwahn und der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 11. September 2025

Anmerkungen zu der Niederschrift werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz nimmt die Niederschrift vom 11. September 2025 zur Kenntnis.

Frau Müller nimmt an der Sitzung um 17:03 Uhr teil. (14/15)

5. Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Haushalt 2026 Vorlage: BV/4/0155

Herr Müller stellt die aktuellen Eckpunkte zum Haushaltsentwurf 2026 anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.
(siehe Anlage: PPP_Eckpunkte HH 2026)

Herr Benkert teilt mit, dass sich die angespannte Haushaltslage in den Gemeinden nicht anders darstellen würde. Dies sei eine generelle Problemlage im Land. Nach seiner persönlichen Meinung werde auch die Erhöhung der Kreisumlage keine Abhilfe leisten.

Herr Scharmberg erklärt, dass in diesem Ausschuss Pflichtaufgaben des Landkreises beraten und beschlossen werden. Er empfinde es allgemein als unzumutbar, dass das Land M-V dem Landkreis mit dem Haushalt 2025 die Auflage gegeben habe, die zusätzlichen freiwilligen Leistung im Brand- und Katastrophenschutz zu streichen. Die Entscheidungen des Landes werden wiederholt auf die ehrenamtlichen Mandatsträger des Kreistages übertragen. Daher sei man froh, dass der Landkreis an den zusätzlichen Finanzmitteln festgehalten habe und auch zukünftig das Ehrenamt in den Freiwilligen Feuerwehren des Landkreises unterstütze.

Frau Meyer führt aus, dass die Streichung aller freiwilligen Leistungen des Landkreises keinen Haushaltsausgleich schaffen würde. Der Landkreis sei vom Land M-V verpflichtet worden, die Erhöhung der Kreisumlage in Erwägung zu ziehen und die Gemeinden entsprechend dahingehend anzusprechen.

Frau Gleisberg stellt den aktuellen Haushaltsentwurf 2026 des Fachdienstes Ordnung anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.
(siehe Anlage: PPP_FD Ordnung_HH 2026)

Herr Zimmermann stellt den aktuellen Haushaltsentwurf 2026 des Fachdienstes Integrierte Leitstelle, Bevölkerungs- und Brandschutz anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.
(siehe Anlage: PPP_FD ILS_Bev/BraSch_HH 2026)

Frau Harder nimmt an der Sitzung um 17:37 Uhr teil. (15/15)

Herr Benkert erfragt, wie die Höhe der unterschiedlichen Investitionsmaßnahmen in den Jahren 2026 - 2029 zustande komme (Folie 7).

Herr Zimmermann erklärt, dass die wesentlichen Investitionen in den kommenden Jahren vorgenommen werden sollen. Dennoch werden voraussichtlich in der Planung 2026 auch die Folgejahre 2027/2028 nochmals angepasst. Die derzeitige Verwal-

tungsvorschrift des Landes M-V für den Katastrophenschutz sei von 2020 und entsprechend nicht mehr aktuell. Der Landkreis könne momentan nicht abschätzen, welche Maßnahmen zukünftig noch zu treffen seien. Auch im neuen Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes des Bundes sei weder die Finanzierung des Bevölkerungs- noch des Katastrophenschutzes zu finden. Wie sich die Investitionen des Landkreises längerfristig aufstellen, sei derzeit nicht umfänglich darstellbar.

Frau Harder erfragt, ob der Landkreis bereit sei, die Gemeinden bei der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen zu unterstützen. Nach Auskunft des Amtes seien keine Fördermöglichkeiten vorhanden.

Herr Zimmermann teilt mit, dass eine Beschaffung von Fahrzeugen im Rahmen der Landeszentralbeschaffung des Landes M-V möglich sei. Weiterhin könne die Beschaffung mit Finanzmitteln aus der Sonderbedarfszuweisung (SBZ) des Landes und ggf. aus Mitteln der Feuerschutzsteuer des Landkreises (zzgl. anteilige Eigenmittel der Gemeinde) kofinanziert werden. Dazu müssten die Gemeinden bzw. Ämter entsprechende Anträge stellen.

Herr Mittelbach ergänzt, dass das Land M-V bei der Zentralbeschaffung sehr bemüht sei und das Land M-V eine Liste auf der Homepage bereitstelle, in der die Fahrzeugbeschaffung für die nächsten 10 Jahre festgelegt sei. Dort könne entnommen werden, in welchem Jahr welcher Fahrzeugtyp durch die Landesbeschaffung mitfinanziert werden könne.

Herr Zimmermann erklärt, dass sich das Amt gerne mit der Zentralbeschaffung befassen könne und der Landkreis jederzeit beratend unterstütze. Wichtig sei, dass die Gemeinden und Ämter auch die Fördermöglichkeiten des Landes ausschöpfen.

Weitere Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

Herr Griwahn bedankt sich für die Präsentationen und bittet den Ausschuss, über die Beschlussvorlage abzustimmen.

Der Ausschuss für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz stimmt einstimmig bei drei Enthaltungen gegen die vorliegende Beschlussvorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz empfiehlt dem Kreistag die folgende Beschlussvorlage nicht zu beschließen:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Haushalt 2026 mit ihren Bestandteilen und Anlagen.

6. Vergabe der Pauschalzuweisung aus der Feuerschutzsteuer 2025 und Vorjahre sowie der freiwilligen Zuschüsse des Landkreises Vorpommern-Rügen für Investitionen der Gemeinden in den Brandschutz - Vorlage: BV/4/0150

Herr Zimmermann begründet die vorliegende Beschlussvorlage.

Herr Benkert merkt an, dass für die Darstellung die zugesagten SBZ-Mittel in der Anlage 1 hilfreich gewesen wären. Weiterhin seien ihm Unterschiede bei der Höhe

der Zentralbeschaffung aufgefallen. Er fragt an, ob die 100 %ige Förderung des Landkreises nicht auch gedrittelt werden könne, sodass noch mehr Finanzmittel aus der Feuerschutzsteuer für beantragte Gemeinden zur Verfügung stehen. Der Landkreis könne die fehlenden Mittel dann in den Haushalt einstellen.

Herr Zimmermann erklärt, dass anscheinend die falsche Anlage der Beschlussvorlage beigelegt wurde. In der geplanten Anlage seien die zugesagten SBZ-Mittel aufgeführt. Nichtsdestotrotz seien die SBZ-Mittel bei der Auswahl berücksichtigt worden. Die Bewilligung der Finanzmittel des Landkreises erfolgte in Rücksprache mit dem Kreisfeuerwehrverband sowie dem Ausschussvorsitzenden dieses Ausschusses. Die geplanten Anschaffungen bzw. Maßnahmen aus dieser Förderung werden allen Feuerwehren im Landkreis zur Verfügung gestellt, sodass dies keine alleinige Anschaffung des Landkreises sei, sondern eine Wertschöpfung für alle FFW des Landkreises.

Herr Griwahn erläutert auf die Ausführungen von Herrn Benkert, dass die Haushaltslage eh schon angespannt sei. Daher solle man nicht den Schein erwecken, dass ca. 200.000 EUR noch im Haushalt zur Verfügung stehen würden. Da seien die 380.000 EUR in der Feuerschutzsteuer sicherer festgeschrieben.

Des Weiteren habe am 7. Oktober 2025 der Austausch zur Verständigung über die Antragsliste stattgefunden, wobei das Resultat ein guter Kompromiss sei.

Herr Scharmberg ergänzt, dass die Liste sehr akribisch hinterfragt und bewertet worden sei. Gemeinsam habe man die Festlegung getroffen, dass bei unterschiedlichen Fördersummen der Listenpreis der Zentralbeschaffung als Orientierung gelte, um die zur Verfügung stehenden Mittel fair zu verteilen. Deshalb gäbe es Anträge, die mit einem Fördersatz von unter 33 % bewilligt wurden.

Skandalös seien weiterhin die Anmaßungen des Landes M-V, die freiwilligen Leistungen des Landkreises i.H.v. 800.000 EUR für den Bevölkerungs- und Brandschutz zu streichen. Es könne nicht sein, dass das eigene Innenministerium wichtige Mittel für die Gemeinden und deren Freiwilligen Feuerwehren in Frage stelle. Sollten sich die Situationen zuspitzen, werden die Gemeinden zukünftig keine eigenen finanziellen Mittel mehr haben, um die Feuerwehren aufrechtzuerhalten.

Herr Mittelbach erklärt, dass der Landkreis im Vergleich zu den anderen Landkreisen sehr gut aufgestellt sei und u.a. bei der Zentralbeschaffung der Atemschutzgeräte mit Nano-Flaschen Vorreiter sei. Weiterhin sei der Landkreis auch im Fuhrpark gut aufgestellt. Durch die Bereitstellung der finanziellen Mittel und der durch den Landkreis eigens angeschafften Materialien und Gerätschaften werde den Gemeinden unmittelbar geholfen. Weiterhin erarbeite die Verwaltung derzeit eine Vergaberichtlinie, um die Vergabe der Feuerschutzsteuer einheitlich zu gestalten.

Auf Nachfrage von Herrn Benkert führt **Herr Zimmermann** aus, dass bei der Vergabe auch die Brandschutzbedarfsplanung berücksichtigt wurde. Diese werde zukünftig bei der Auflistung der Vergabedetails dargestellt. Des Weiteren werde die von Herrn Mittelbach angesprochene Vergaberichtlinie voraussichtlich in den nächsten Gremienlauf eingebracht werden.

Herr Zimmermann erklärt auf Nachfrage von Herrn Wessel den Verfahrensablauf für die Vergabe der Feuerschutzsteuer.

Weitere Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz stimmt der vorliegenden Beschlussvorlage einstimmig bei einer Enthaltung zu.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz empfiehlt dem Kreisausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Kreisausschuss beschließt:

Die Vergabe der Feuerschutzsteuermittel und die Vergabe des freiwilligen Zuschusses des Landkreises Vorpommern-Rügen für Investitionen der Gemeinden in den Brandschutz des Jahres 2025 gemäß beigefügter Auflistung.

7. Aktueller Sachstand im Rahmen der Gefahrenabwehr (Umsetzung Leuchttürme, Wärmeinsel etc.) im Landkreis Vorpommern-Rügen

Herr Zimmermann stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den aktuellen Sachstand im Rahmen der Gefahrenabwehr (Umsetzung Leuchttürme, Wärmeinsel etc.) im Landkreis Vorpommern-Rügen vor.
(siehe Anlage: PPP_Sachstand_WI_KL)

Auf Nachfrage von Herrn Zenker teilt **Herr Zimmermann** mit, dass der aktuelle Stand zur Kostenabrechnung der Gemeinde Sehlen beim zuständigen Amt Bergen auf Rügen zu erfragen sei.

Frau Weise erfragt, wie regelmäßig die Risikobewertung erfolge und dementsprechend die Maßnahmen noch erforderlich seien.

Herr Zimmermann führt aus, dass die fachliche Weisung seitens des Landes M-V seit dem Jahr 2022 umgesetzt werde. Derzeit sieht das Land M-V keine Notwendigkeit, eine neue Bewertung durchzuführen. Der Landkreis sowie die Gemeinden sehen die Umsetzung als einen sehr praktikablen Weg an.

Auf Nachfrage von Herrn Benkert teilt **Herr Zimmermann** mit, dass die Leuchttürme mit Digitalfunk ausgestattet werden.

Weitere Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

8. Abstimmung der Sitzungstermine für das Kalenderjahr 2026

Anmerkungen zu den vorgeschlagenen Sitzungsterminen für das Jahr 2026 werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz nimmt folgende Sitzungstermine einstimmig zur Kenntnis:

- 29. Januar 2026
- 16. April 2026
- 21. Mai 2026
- 10. September 2026
- 12. November 2026

9. Anfragen

Anfragen werden nicht vorgetragen.

10. Mitteilungen

Herr Griwahn teilt mit, dass auf der kommenden Sitzung der Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, B90/DieGrünen + Die PARTEI: "Einführung eines Wahlpflichtfaches -Feuerwehr-" beraten werde. Zudem bittet er die Verwaltung einen aktuellen Sachstand zum Bevölkerungs- und Katastrophenschutz im Landkreis Vorpommern-Rügen zu geben.

Weitere Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

Herr Griwahn bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Ausschusssitzung um 18:25 Uhr.

26.11.2025, gez. Christian Griwahn

Datum, Unterschrift
Christian Griwahn
Ausschussvorsitzender

26.11.2025, gez. Bastian Köhler

Datum, Unterschrift
Bastian Köhler
Protokollführer

Eckpunkte zum Haushaltsplanentwurf 2026

**Ausschuss für Prävention, Bevölkerungs-
und Brandschutz**

13. November 2025

Ergebnishaushalt 2026 und Folgejahre

in EUR	vorl. IST 2024	Plan 2025	Plan 2026	F-Plan 2027	F-Plan 2028	F-Plan 2029
Summe der Erträge	564.870.814	609.483.700	635.373.900	630.526.800	650.703.700	661.171.400
Summe der Aufwendungen	593.947.397	675.958.400	716.193.700	730.796.000	750.897.900	775.360.500
Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag) vor Veränderung der Rücklagen	-29.076.584	-61.711.500	-80.819.800	-100.269.200	-100.194.200	-114.189.100
Einstellung in die Kapitalrücklage	211.905	0	0	0	0	0
Entnahme aus der Kapitalrücklage	6.618.204	772.300	7.140.400	6.037.700	5.800.100	5.780.900
Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag)	-22.670.285	-60.939.200	-73.679.400	-94.231.500	-94.394.100	-108.408.200
nachrichtlich:						
Ergebnisvortrag aus dem Haushaltsvorjahr	65.894.483	43.224.198	-17.715.002	-91.394.402	-185.625.902	-280.020.002
Ergebnis (Überschuss/Fehlbetrag) zum 31. Dezember des Haushaltsjahres	43.224.198	-17.715.002	-91.394.402	-185.625.902	-280.020.002	-388.428.202

Finanzhaushalt 2026 und Folgejahre

in EUR	vorl. IST 2024	Plan 2025	Plan 2026	F-Plan 2027	F-Plan 2028	F-Plan 2029
Summe der laufenden Einzahlungen	558.099.827	592.962.000	600.503.600	599.534.600	619.222.900	629.112.000
Summe der laufenden Auszahlungen	576.839.070	649.946.400	681.637.500	688.830.400	707.720.700	730.022.600
Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung	-18.739.243	-56.984.400	-81.133.900	-89.295.800	-88.497.800	-100.910.600
Auszahlungen für planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	3.634.053	4.709.500	5.637.800	6.413.400	7.002.800	5.975.100
Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen	-22.373.296	-61.693.900	-86.771.700	-95.709.200	-95.500.600	-106.885.700
nachrichtlich:						
Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsvorjahres	22.373.296	0	-61.693.900	-148.465.600	-244.174.800	-339.675.400
Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres	0	-61.693.900	-148.465.600	-244.174.800	-339.675.400	-446.561.100

Haushaltslage 2026

- das negative Jahresergebnis aus dem Haushaltsjahr 2025 setzt sich fort und verstetigt sich im Finanzplanungszeitraum 2027 bis 2029.



Strukturelle Unterdeckung bleibt bestehen - trotz einzelner Konsolidierungsschritte

daher:

- ohne tiefgreifende strukturelle Veränderungen auf Bundes- und Landesebene (u.a. insbesondere eine Aufgabenkritik in den Bereichen Jugend und Soziales auf Seiten der Bundes- und Landesgesetzgebung) ist mittelfristig keine Haushaltskonsolidierung erreichbar.

Haushaltslage 2026

- Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse und Inflation
→ erhöhter Druck auf die Personal- und Sachausgaben
- Kostensteigerungen in der Sozial- und Jugendhilfe
→ dynamischer Aufwuchs bei den Transferausgaben
- Baukosten- und Investitionsrisiken
→ Verzögerungen oder Mehrkosten bei großen Infrastrukturprojekten
- Kreisumlagepotenzial begrenzt durch die finanzielle Lage der Gemeinden
→ Einnahmesteigerungen über die KU kaum möglich
- KU-hebesatz von 43,5 % berücksichtigt (2025: 42,09%)
- wenig beeinflussbare Ausgabenanteile
→ Spielraum auf der Ausgabenseite zunehmend ausgeschöpft

Entwicklung Kassenkreditzinsen

Konto	Ergebnis 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
5751001 - Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen an den inländischen Geldmarkt - Kassenkredit	329,41	997.300	3.843.400	6.223.000	9.127.100	12.037.200

Stellenplan 2026

- Stellenkürzung um insgesamt 9,575 VZÄ zum Vorjahr (18,825 VZÄ Abbau und 9,250 VZÄ neu eingerichtet) auf 1.090,886 VzÄ
- Allgemeine Entwicklung im Land

Personal- u. Versorgungsaufwendungen							
in EUR	LRO	LUP	MSE	NWM	VG	VR	Ø
Ist 2024	78.857.709	90.694.051	89.378.225	59.778.507	89.123.481	78.293.349	81.020.887
Stellen in VZÄ	1.172,245	1.229,30	1.233,138	907,585	1.293,8864	1.095,368	1.155,253
in EUR/EW	360,44	423,49	360,78	380,37	375,76	362,18	377,17

Entwicklung FAG-Zuweisungen und weiterer wichtiger Erträge

in EUR	vorl. Ist 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
Schlüsselzuweisungen (§ 19 FAG)	54.835.598	55.976.600	45.805.900	38.998.200	45.992.200	45.915.100
üWk (§ 22 (2) S. 1 Nr. 4 FAG)	19.986.367	19.990.900	23.600.000	23.600.000	23.600.000	23.600.000
üWk Kataster (§ 22 (2) S. 1 Nr. 5 FAG)	4.777.711	4.782.000	5.045.000	5.045.000	5.045.000	5.045.000
ISP (§ 23 FAG) - investiv -	5.745.317	5.803.700	5.803.700	5.803.700	5.803.700	5.803.700
Kreisumlage (§ 30 FAG)- Hebesatz 42,09% (43,50 % ab 2026)	121.886.365	126.437.400	136.077.300	134.165.400	141.167.700	143.931.100
Finanzausgleichsumlage (§ 29 FAG)	1.235.275	852.800	966.000	966.000	909.000	909.000
Sonderhilfen ukrainische Kriegsvertriebene (§ 24b FAG)	64.503	64.500	77.900	77.900	77.900	77.900
weitere wichtige Erträge						
Wohngeldeinsparung des Landes M-V	6.228.210	6.228.000	5.330.000	4.461.000	3.593.000	2.724.000
Sonderbundesergänzungszuweisungen (SoBEZ)	1.308.301	1.308.000	571.600	571.600	571.600	571.600
Mehrbelastungsausgleich (§ 28 AufGZuordG M-V)	105.798	105.700	105.700	105.700	105.700	105.700

Kreisumlage (Stand 08.10.2025)

- aktuell 43,50 % im Haushaltsplanentwurf

Entwicklung Kreisumlagegrundlagen in TEUR

Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
300.399,2	312.821,4	308.426,3	324.523,6	330.876,3

Kreisumlage in TEUR

Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
126.438,1	136.077,3	134.165,4	141.167,8	143.931,2

- Finanzdatenerhebung bei den Gemeinden bis Ende September 2025
- Orientierungsdaten werden in der 48. KW erwartet

Auszahlungen für wesentliche Investitionen in EUR

	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Einzahl.	24.753.668	36.425.400	29.828.300	28.762.100	30.064.600	16.816.300
Auszahl.	22.970.905	53.098.900	77.951.300	48.778.900	41.972.700	20.239.400
Saldo	1.782.763	-16.673.500	-48.123.000	-20.016.800	-11.908.100	-3.423.100
	2024	2025	2026	2027	2028	2029
ISVB	147.448	3.507.000	1.426.000	0	0	0
Brand-schutz	2.578.418	4.468.700	7.666.200	10.297.100	8.258.300	4.333.700
Schulen (einschl. Digipakt)	3.635.043	1.510.100	7.972.200	7.907.800	2.345.100	667.400
Campus	2.377.566	2.004.400	14.691.500	10.640.200	21.206.800	4.275.000
Breitband	4.475.535	7.520.000	0	0	0	0
Standort-konzept	1.538.248	0	16.882.600	3.102.000	81.200	0
FTZ	0	0	3.883.500	7.063.800	9.672.700	5.235.800
Kreis-straßen	1.522.434	5.451.600	5.537.100	5.608.200	5.739.700	4.963.200

Zusammenfassung derzeitiger Planungsstand

- Eingeflossen sind bereits:
 - akribische Prüfung aller Möglichkeiten einer Aufwandsreduzierung bzw. einer Ertragssteigerung
 - Priorisierung der Investitionsmaßnahmen unter Beachtung der benötigten Ressourcen
 - Offen ist noch der Orientierungsdatenerlass des Landes
 - Die Herbststeuerschätzung ist noch nicht eingearbeitet
- Beratungen mit den Mitgliedern der AG des HFA vom 06.10.2025 bis 9.10.2025 erfolgt

- 3.11.2025 bis 18.11.2025 Beratungen in den Fachausschüssen
- 19.11.2025 HFA (mit Kreisumlageabwägung)
- 24.11.2025 Kreisausschuss
- 15.12.2025 Beschlussfassung im KT
- HASIKO ab 2026 nach § 43 Abs. 7 KV-MV notwendig
- HASIKO wird ein strukturelles Defizit nicht ausgleichen
- HASIKO Beschluss durch den Kreistag erforderlich und für der Kreistag im März 2026 vorgesehen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsplanung 2026

Teilhaushalt

FD31 Ordnung

PBBA 13.11.2025



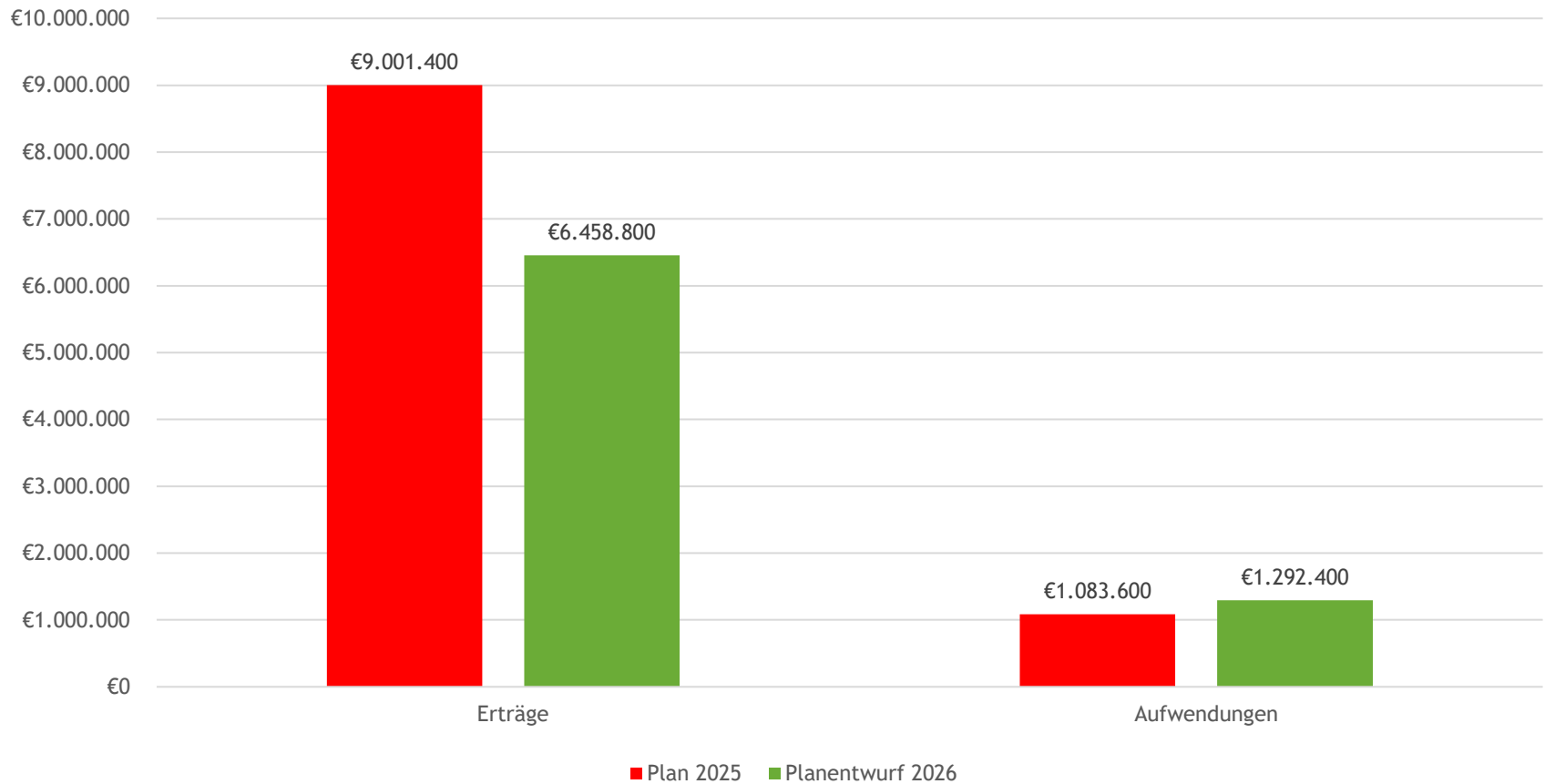
- zum FD 31 gehören nachfolgende Produkte:
 - 1220200 - Zentrale Bußgeldstelle
 - 1220700 - Heimaufsicht
 - 1220900 - Sicherheit und Ordnung, Personenstand, Einwohnermeldewesen, Hafenaufsicht, Jagd- und Waffen etc.
 - 1230007 - Verkehrssicherung, Konzessionen, Verkehrserziehung

- bei der Wahrnehmung sämtlicher Aufgaben im FD 31 handelt es sich um Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis bzw. bei der Standesamtsaufsicht um Aufgaben als untere Verwaltungsbehörde
- alle Aufgaben sind Pflichtaufgaben

Vergleich Plan 2024 - Planentwurf 2025

	Plan 2025 (aktuelle Prognose 2025)	Planentwurf 2026
Mitarbeiterstellen im FD:		58 Mitarbeiter (alle besetzt)
Erträge	9.001.400 € (6.103.921 €)	6.458.800 €
Aufwendungen	1.083.600 € (1.153.270 €)	1.292.400 €
Budget (<u>vor</u> Verrechnung interner Leistungen)	7.917.800 € (4.950.651 €)	5.166.400 €
Budget (<u>nach</u> Verrechnung interner Leistungen)	7.898.100 € (4.928.761 €)	5.147.300 €

Vergleich Plan 2025 - Planentwurf 2026



- **Produkt 1220200 Einnahmen [Bußgeldstelle:](#)**

Jahr 2022	9.153.055 EUR
Jahr 2023	7.022.000 EUR
Jahr 2024	6.278.247 EUR
Jahr 2025 Prognose:	5.693.224 EUR
Plan 2026:	6.001.300 EUR

- **Produkt 1230007 Einnahmen [Verkehrsangelegenheiten](#)**

Jahr 2024:	224.068 EUR
Jahr 2025 Prognose:	219.897 EUR (Gebühren verkehrsrechtliche AO, Baustellen)
Plan 2026:	240.000 EUR

- **Produkt 1220900 Einnahmen [Allg. Ord.; Jagd- und Waffenangelegenheiten](#)**

Jahr 2024:	225.920 EUR
Jahr 2025 Prognose:	190.500 EUR (Gebühren für Bescheide)
Plan 2026:	205.100 EUR

- **aktuelle Fallzahlen Oktober 2025:**

Bußgeldstelle:

allgem. OWi:	343 Verfahren
Verwarn- und Bußgelder:	113.149 Verfahren

untere Jagd- und Waffenbehörde:

Waffenbesitzer:	2.756
waffenrechtliche Erlaubnisse:	4.619
Anzahl Jäger:	2.016
Anzahl Jagdbezirke,-reviere:	550

Straßenverkehrsbehörde:

Anordnungen zur Baumaßnahmen:	2.018
Anordnungen zu Verkehrszeichen und -einrichtungen:	466
Anzahl Stellungnahmen Großraum- u. Schwerlasttransporte:	1.344
Anzahl der Ausnahmegenehmigungen (§ 46 StVO):	112
Anzahl Bau- und Bauanlaufberatungen/Ortstermine:	60
Anzahl Verkehrsregelung zu Großveranstaltungen:	18

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsplanentwurf 2026

FD 32

13. November 2025 (PBBA-Ausschusssitzung)

Haushaltsplanentwurf 2026 - FD 32

Zum FD Integrierte Leitstelle, Bevölkerungs- und Brandschutz gehören nachfolgende Produkte:

- 1260000 - Brandschutz
- 1270100 - Rettungsdienst (Fachaufsicht + QM)
- 1270200 - Integrierte Leitstelle
- 1280000 - Zivil- und Katastrophenschutz
- 1280200 - Energiemangellage

Haushaltsplanentwurf 2026 - FD 32



Das Produkt 1260000:

- umfasst die Einrichtungen des Brandschutzes,
- Gefahrenabwehrmaßnahmen,
- Beratung der Gemeinden in den Belangen des Brandschutzes
- Aus- und Fortbildung der Feuerwehren,
- Brandschutzerziehungsaufgaben und Aufklärung
- Unterhaltung und Betrieb der FTZ
- angemessene, finanzielle Unterstützung des KfV

sowie

- Maßnahmen des Vorbeugenden Brandschutzes.

Haushaltsplanentwurf 2026 - FD 32



Das Produkt 1270200 beinhaltet:

- eine ständig besetzte, Leitstelle (als Integrierte Leitstelle) für:
 - Rettungsdienst,
 - Feuerwehr
 - Katastrophenschutz sowie die sonstige Gefahrenabwehr
- Vorhaltung und Betrieb der Operativen Betriebsstelle Digitalfunk/Digitalalarm
- Vorhaltung der Stabsstrukturen
- Umsetzung des Modellprojektes KÄND 116117

Haushaltsplanentwurf 2026 - FD 32



Das Produkt 1280000 beinhaltet:

- die Gefahrenabwehrmaßnahmen, Technische Hilfe, Abwehr von Katastrophen (öffentliche Notstände wie Naturereignisse, Einstürze, Unglücksfälle),
- zivil-militärische Zusammenarbeit,
- Zivile Alarmplanung (ZAPL)
- Wehr- und Zivildienstpflicht, Zivilschutz, Behörden- und Betriebsselbstschutz.
- KRITIS und OPLAN

Haushaltsplanentwurf 2026 - FD 32



Das Produkt 1280200:

- Vorbereitungen auf die Bewältigung einer möglichen Energie-/Gasmangellage
- Vorbereitungen auf den Ausfall der kritischen Infrastruktur (KRITIS)

durch

- kreisweite Schaffung von Wärmeinseln (WI) und Katastrophenschutz-Leuchttürmen (KL) in den Gemeinden und Ämtern.
- Redundanzbeschaffungen für:
 - die Integrierte Leitstelle
 - die Landkreisverwaltung in einem möglichen Notbetrieb bei Ausfall der KRITIS

Haushaltsplanentwurf 2026 - FD 32

Einen bedeutenden Teil nimmt die Investitionstätigkeit (Neu – bzw. Ersatzbeschaffungen) ein. Für die Haushaltsplanung 2026 bedeutet dies:

(in EUR)

	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
Einzahlungen	600.000	600.000	600.000	600.000
Auszahlungen	4.219.200	3.367.100	1.598.300	1.583.700

Haushaltsplanentwurf 2026 – FD 32

Bedeutende Investitionen im Haushaltsjahr 2026	Produkt	Einzahlung 2026	Auszahlung 2026
Zuwendungen Feuerschutzsteuer	1260000	600.000	600.000
Zuwendung an Gemeinden für den Brandschutz	1260000		800.000
1 Transporter mit Ladebordwand für FTZ	1260000		157.500
Anschaffung bewegl. AV FTZ Bergen und Klockenhagen davon: - 30 Pressluftatmer 75.500 EUR - 4 Rollwagen für PA-Flaschen 18.200 EUR - 10 Rollwagen für Schläuche 15.500 EUR - 2 Dräger Air Guard (Sicherstellung der Luftqualität PA-Flaschen) 133.300 EUR - 2 Container für Wechsellader 94.000 EUR	1260000		360.600
Dummies für Aus- und Fortbildungszwecke im RD	1270100		15.500
Austausch der Digitalen Alarmumsetzer (10 DAU pro Jahr)	1270200		130.000

Haushaltsplanentwurf 2026 - FD 32

Bedeutende Investitionen im Haushaltsjahr 2026	Produkt	Einzahlung 2026	Auszahlung 2026
Ersatzbeschaffung ELW 2 Abrollcontainer(Fortsetzung)	1280000		560.000
Ersatzbeschaffung von 1 Mannschaftstransportwagen KatS	1280000		100.000
Ersatzbeschaffung von 2 Mannschaftstransportwagen (Betreuungszug Rügen und Grimmen)	1280000		200.000
Ersatzbeschaffung Mehrzweckboote inkl. Bootstrailer (Bergen und Samtens)	1280000		116.000
Anschaffung von Abrollcontainern (Weiterführung Konzept) davon: - Trinkwassernotversorgung 296.000 EUR - Trinkwassertechnik 214.800 EUR - Hochwasserschutz mit Sandsackfüllmaschine 223.600 EUR - Rollcontainer Beleuchtung 25.700 EUR - Rollcontainer Pumpen 12.200 EUR	1280000		772.300

Haushaltsplanentwurf 2026ff – im FD 13 für FD 32

- Projekt „**Modernisierung der Feuerwehrtechnischen Zentrale des Landkreises Vorpommern Rügen an den Standorten Bergen auf Rügen und Klockenhagen bei Ribnitz-Damgarten**“
- Geplante Gesamtinvestitionsmaßnahme: 25,855 Mill. EUR
- SBZ-Förderantragshöhe: 20,467 Mill. EUR
- Eigenanteil LK VR: 5,388 Mill. EUR
- Geplanter Umsetzungszeitraum: 01.01.26 – 31.12.2029

Aktueller Sachstand im Rahmen der Gefahrenabwehr (Umsetzung Leuchttürme, Wärmeinsel etc.) im Landkreis Vorpommern-Rügen

PBBA-Ausschuss am 13. November 2025

TOP 7 PBBA-Ausschuss-Sitzung

- Fachliche Weisung des IM vom 29.06.2022 zur Schaffung von WI und KL flächendeckend im Land MV
- Wärmeinseln: → geschlossene Örtlichkeit zur Aufenthaltsmöglichkeit; mindestens 19 °C
- Kat-Leuchtturm: → Informationspunkt dezentral
- Kombinationen möglich und zulässig
- Nutzung auch für die „normale“ / tägliche Gefahrenabwehr

TOP 7 PBBA-Ausschuss-Sitzung

- Vorfinanzierung durch den Landkreis VR:
 - 5 Mill. EUR für Ämter und Gemeinden
 - 1 Mill. EUR für Landkreis (ILS, Notbetrieb, Redundanzen etc.)
 - 300 TEUR für Netzersatzanlagen Rettungswachen
- Der Landkreis selbst 338 TEUR Eigenanteil im Konzept
- Rückerstattung nach Abrechnung dann durch das Land bei Anerkennung der Regularien (bisher 8 erstattet nach Abrechnung)
- Zusätzliche, eigene Kriterien auf Kosten des Landkreises

TOP 7 PBBA-Ausschuss-Sitzung

- Geschaffen wurden/sind in der Ausstattung/Beschaffung im Landkreis:
 - 116 Wärmeinseln
 - 132 Katastrophenschutzleuchttürme
 - 27 Rettungswachen mit NEA-Ausstattung
- Abrechnungen der Ämter/Gemeinden muss bis 30.11.25 abgeschlossen sein
- Schon abgerechnete Mittel wurden an die Ämter/Gemeinden bereits erstattet (17 Ämter/amtsfreie Gemeinden ausgezahlt, 3 für November 2025 geplant)
- Land rechnet an LK zurück nach Prüfung (laufender Prozess)
- 3. Abrechnung beim Land in Vorbereitung (Abgabe Dezember 2025 geplant)

TOP 7 PBBA-Ausschuss-Sitzung

- Beispielhaft wurden in der Fläche beschafft:
 - 156 Netzersatzanlagen (mobil, fest verbaut) + Einspeisung
 - Heizlüfter/mobile Heizmöglichkeiten
 - Feldbetten und Ausstattung dafür
 - Beleuchtungssätze
 - Kommunikationstechnik (Sat.-Telefone, Funk)
 - Elektroausstattung, Sanitätsmaterial, Hygieneartikel